



## PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 21.03.2019

### SPD fordert flächendeckenden Mobilfunk in Deutschland – Angelika Glöckner (SPD) fordert Abbau von Funklöchern in der Westpfalz.

Die Versteigerung der zukunftsweisenden 5G Lizenzen im Mobilfunk gibt neue Impulse im Netzausbau. Die SPD fordert in Berlin, dass damit auch die Netzabdeckung in der Fläche verbessert wird. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner fordert dabei den Abbau von „weißen Flecken“ der Versorgung in der Südwestpfalz.

„Kein Netz“ – Viele Menschen in ländlichen Regionen kennen diese Anzeige nur zu gut. Bedauerlicherweise auch in der Südwestpfalz, in der es auch heute noch „Weiße Flecken“ in der Mobilfunkversorgung gibt, die unterversorgt sind oder gar keine Netzabdeckung haben. Das soll sich nach dem Willen von Angelika Glöckner (SPD) schnellstmöglich ändern. *„Schnelles Internet und eine gute Mobilfunkversorgung sind eine Grundvoraussetzung für die Betriebe und Unternehmen unserer Region. Deshalb muss hier schnell gehandelt werden“*, stellt die Bundestagsabgeordnete Glöckner klar und fordert einen schnellen Ausbau der Netze.

Eine gute Mobilfunkversorgung ist die Grundlage für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Region. Deshalb setzt sich Angelika Glöckner dafür ein, dass bei der anstehenden Versteigerung der neuen 5G Mobilfunklizenzen die vollständige Netzabdeckung im ländlichen Raum für die Mobilfunkanbieter verpflichtend wird. *„Die Menschen in Deutschland erwarten zurecht, dass sie in einem hochindustrialisierten Land überall den Mobilfunk nutzen können. Das ist eine Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse“*, macht Angelika Glöckner ihren Standpunkt klar.

Gemeinsam mit ihren Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion hat Glöckner daher ein Forderungspapier an die Bundesregierung formuliert, um den ländlichen Raum bei der Versteigerung der 5G Lizenzen zu stärken. Zu den Kernforderungen gehören eine flächendeckende Erfassung von unterversorgten Gebieten sowie die Verpflichtung zu Infrastruktursharing und lokalem Roaming. Das heißt, dass Anbieter fremde Masten und Netze mitnutzen sollen, wenn eine Erschließung anderweitig technisch und wirtschaftlich nicht umsetzbar ist. So wird teure Parallelinfrastruktur verhindert und der Netzausbau in dünn besiedelten Regionen verbessert.